

Erny Gillen gelingt es, in seinen diversen Beiträgen das besondere Verhältnis von Ethik und Moral anschaulich darzustellen. Allerdings läßt sich kritisch anmerken, daß die einzelnen Beiträge bereits vor Jahren veröffentlicht worden sind, inhaltlich nicht aufeinander abgestimmt sind und bisweilen zusammenhanglos nebeneinander stehen, ja sogar zahlreiche störende Themen-Redundanzen aufweisen. *Fuat S. Oduncu*

GRONEMEYER, Reimer: *Sterben in Deutschland*. Wie wir dem Tod wieder einen Platz in unserem Leben einräumen können. Frankfurt: Fischer 2007. 294 S. Gb. 19,90.

Der bekannte Autor Reimer Gronemeyer, Soziologe und Theologe, setzt sich intensiv mit „Daten und Fakten“ des Sterbens in Deutschland auseinander und analysiert Lebenserwartung, Sterblichkeit und Todesursachen. Er fragt nach den „neun Millionen Hochbetagten“: Wo leben sie, was kosten sie, wie sterben sie? Im Mittelpunkt der anschließenden Kapitel stehen die beiden Fragen: Wo sterben wir? Und: Wie sterben wir? Die Schlüsselbegriffe des abschließenden Kapitels sind: Schmerz, Demenz und Trost sowie Angst und Furcht. Ergreifend ist der Exkurs zu dem Thema: Wenn Kinder sterben. Die zusammenfassende Würdigung des Buchs kann nur punktuell und exemplarisch einige Gedanken und Vorschläge des Autors wiedergeben.

Die Mehrzahl der Menschen stirbt heute in einer „Institution“; dies gilt für nahezu alle industrialisierten Regionen. In Deutschland sind es etwa 80 Prozent, in den USA bereits mehr als 90 Prozent, und das Ausmaß der „Institutionalisierung“ nimmt offenbar weiter zu (75). Die zunehmende Individualisierung führt zu einer „Atomisierung der Gesellschaft“ (115); diese hat Einsamkeit und Isolierung zur

Folge. Dieser Prozeß zeigt sich eklatant am Lebensende, bei den Sterbenden und beim Sterben. In Deutschland sterben gegenwärtig etwa 800 000 Menschen pro Jahr und zehn Prozent haben einen Bedarf an „palliativer Versorgung“ (123). Vor dem Hintergrund der familiären, medizinischen und wirtschaftlichen Entwicklungen haben sich Prozesse zur „Institutionalisierung des Sterbens“ abgezeichnet. Nunmehr folgt eine „Phase des Outsourcing“ (125). Die Gesundheitsreform der Bundesregierung sieht „ambulante palliative Dienste vor“, die diese Prozesse ermöglichen sollen.

Heute ist die Hospizbewegung in Europa eine unübersehbare soziale und kulturelle Größe. In Deutschland gibt es 1310 Hospizdienste, 112 stationäre Hospize, und 80 000 Ehrenamtliche, die sich in der Hospizarbeit engagieren (133); in Europa ist vor allem der Aufbau ambulanter Hospizarbeit zu beobachten. Die männlich dominierte „Palliativmedizin“ an Krankenhäusern wird durch die weiblich getragene „Hospizbewegung“ ergänzt. Die Klammer für beide Bewegungen ist der Begriff „Palliative Care“.

Aus der Sicht der Soziologie stellt Gronemeyer fest: „Der Tod wird radikal enttabuisiert, in ökonomische, planerische, kontrollierende Abläufe eingepaßt und damit entschärft. Am Horizont dämmert das neue Programm: *Happy dying*. Tod und Sterben werden zum Event“ (156). „Die Geldgesellschaft“ ökonomisiert das Sterben, „die Dienstleistungsgesellschaft“ will das Sterben in einen zu verwaltenden, kontrollierten und institutionalisierten Prozeß verwandeln und „die Gesundheitsgesellschaft“ sieht das Lebensende als ein medizinisches Problem an.

Wird heute „Sterbehilfe“ angeboten, so muß sie in unserer Gesellschaft „kontrolliert und effektiv sein“. In diesem Kontext wird sogar über „Qualitätskontrolle, Stan-



dardisierung, Evaluation und Zertifizierung“ gesprochen (175). Wie ist in diesem Zusammenhang „das Töten auf Verlangen“ zu bewerten? Der moderne Mensch hat sich in die fatale Lage gebracht, daß er heute selbst sein Sterben und seinen Tod zu verantworten hat. Während die Pränataldiagnostik für den Lebensbeginn entscheidend sein kann, kommt der „Sterbehilfedebatte“ für die Bestimmung des Lebensendes mehr und mehr Bedeutung zu (181). Grone-meyer antizipiert die folgende Zukunftsperspektive: „Assistierter Selbstmord bzw. Euthanasie könnten zum gesellschaftlichen Ideal und dann zur Selbstverständlichkeit werden“ (186). *Gottfried Kleinschmidt*

FISCH, Andreas: *Menschen in aufenthaltsrechtlicher Illegalität*. Reformvorschläge und Folgenabwägungen aus sozialetischer Perspektive. Berlin: LIT 2007. 379 S. (Schriften des Instituts für christliche Sozialwissenschaften. 56.) Br. 29,90.

Als „unsichtbares, von Ausbeutung besonders bedrohtes Prekariat“ könnte man die „Statuslosen“ bezeichnen: jene Personen, die unerlaubt nach Deutschland eingereist sind und/oder sich unerlaubt in Deutschland aufhalten und die im Fall der Entdeckung mit ihrer strafrechtlichen Ahndung, Ausweisung und/oder Abschiebung rechnen müssen. Über sie liegen aussagekräftige empirische Arbeiten vor, auch sind bemerkenswerte kirchliche, zivilgesellschaftliche und kommunale Initiativen zu ihrer Unterstützung angelaufen. Entsprechend der Koalitionsvereinbarung vom 11. November 2005 hat das Bundesinnenministerium dem Deutschen Bundestag einen allerdings politisch sehr einseitigen Bericht zum „Prüfauftrag Illegalität“ vorgelegt, welcher die sozialwissenschaftlichen Erkenntnisse nicht würdigt. Die Europäische Union verstärkt ihre

Anstrengungen, die „illegale Einwanderung von Drittstaatsangehörigen“ einzudämmen. Kurzum: Der Stand der empirischen Forschung macht es möglich und die politische Debatte dringlich, über Illegalität sozial-ethisch nachzudenken.

Mit großer Sorgfalt packt Andreas Fisch in seiner an der Katholisch-Theologischen Fakultät in Münster angenommenen Dissertation diese Aufgabe an. Im ersten Teil (11–88) referiert er die sozialwissenschaftlichen Befunde über die Beweggründe und die Lebenslagen Statusloser. Im Hauptteil (89–272) begründet Fisch die ethischen Verpflichtungen ihnen gegenüber in mehreren Schritten: Zunächst legt er mit Gespür für die historischen Kontexte die grundlegenden biblischen Impulse zum Umgang mit „gesellschaftlich randständigen Ausländer(inne)n“ frei. Mit einer theologischen Reflexion über die „Armen als Sakrament“ klärt er den ihnen gegenüber geltenden Sollensanspruch, um dann die Verpflichtungen gegenüber Statuslosen noch genauer zu spezifizieren, als dies in den Begründungsfiguren der Menschenwürde, Menschenrechte und globalen Solidarität zum Ausdruck kommt.

So leitet er unter dem Stichwort „Solidarität in Kooperationen“ aus der faktischen gesellschaftlichen Verbundenheit mit Statuslosen (z. B. aus der Inanspruchnahme ihrer Arbeitskraft oder aus ungenügenden Asylregelungen, die als „Zwang“ zum Abgleiten in die aufenthaltsrechtliche Illegalität wirken) Pflichten ihnen gegenüber ab. Als „identifikatorische Solidarität“ bezeichnet er die freiwillige Aneignung der berechtigten Anliegen anderer, die durch die jeweiligen Fähigkeiten zur Hilfe spezifiziert wird. Um schließlich seine theologisch inspirierten Begründungen ausdrücklich für den Dialog mit der säkularen Gesellschaft zu öffnen, weist Fisch ihre Kompatibilität mit den philosophischen Ansätzen